

Niederschrift

über die 1. Sitzung des Sozialausschusses am 27.01.2026
(11. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	4
1 Verpflichtung neuer Ausschussmitglieder	4
2 Bestellung einer Schriftführung und einer Stellvertretung für den Sozialausschuss Vorlage: FB22/0280/2025	4
3 Einwohnerfragestunde	4
4 Bestellung einer/s Behindertenbeauftragten und einer Stellvertretung Vorlage: FB22/0279/2025	4
5 Aktueller Sachstand Zuwanderung Vorlage: FB22/0114/2025	5
6 Haushalt 2026	5
6.1 Anträge zum Haushalt 2026	5
7 Anträge	10
8 Anfragen	10
9 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	10
10 Termin der nächsten Sitzung: Mittwoch, der 06.05.2026	10
11 Verschiedenes	10

Sitzungsort: Neusser Feldweg 4, 40670 Meerbusch, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Hans Günter Focken Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied

Herr Markus Frank Ratsmitglied

Frau Nicole Joliet-Heising Sachkundige Bürgerin

Herr Jonas Kräling Ratsmitglied

Herr Stefan Mosch Ratsmitglied

Herr Oliver Parys Sachkundiger Bürger

Herr Wolfgang Schwenzer Sachkundiger Bürger Vertretung für Frau Sarah Kohtes
anwesend ab 17.48 Uhr

Herr Peter Vossen Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Christof Behlen Ratsmitglied anwesend ab 17.33 Uhr

Herr Christoph Weigele Ratsmitglied anwesend ab 17.19 Uhr

von der SPD-Fraktion

Frau Kirsten Pabich Sachkundige Bürgerin

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt Ratsmitglied

von der AfD-Fraktion

Frau Zoe-Marie Berlin Sachkundige Bürgerin

von der LiGaPa-Fraktion

Frau Ludmilla Savichev Ratsmitglied

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Frau Nüsret Seval Sachkundige Bürgerin

Beratende Mitglieder

Herr Oswald Hepner Seniorenbeirat

Herr Jürgen Simons Behindertenbeauftragter

von der Verwaltung

Herr Peter Annacker Dezernent

Frau Alice Bolle

Herr Alexander Bolten Service Finanzen

Herr Harald Härtel Bereichsleiter Service Immobilien

von der Verwaltung

Frau Michaela Kümmel

Fachbereich 22

Schriftführer

Herr Jens Kox

Fachbereich 22

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Frau Sarah Kohtes

Sachkundige Bürgerin

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Aliina Housden

Sachkundige Bürgerin

Beratende Mitglieder

Frau Heike Gabernig

Arbeitskreis der Wohlfahrtsverbände

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt der Ausschussvorsitzende, Herr Focken, die anwesenden Gäste und Ausschussmitglieder.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Focken, stellt die fristgerechte sowie ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Hiernach gibt Ausschussvorsitzender Focken anlässlich des am 27. Januar stattfindenden Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus folgende persönliche Erklärung ab:

„Der *Holocaust*-Gedenktag erinnert an die Millionen Menschen, die während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft entrechtet, verfolgt und ermordet wurden. Dieses Menschheitsverbrechen verpflichtet zur dauerhaften Erinnerung und zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung. Erinnerung ist Grundlage für Menschlichkeit, Toleranz und ein respektvolles Zusammenleben. Die Sensibilisierung junger Menschen sowie die Vermittlung demokratischer Werte sind dabei zentrale Aufgaben des Sozialausschusses der Stadt Meerbusch.“

Öffentliche Sitzung

1 Verpflichtung neuer Ausschussmitglieder

Ausschussvorsitzender Focken hat die anwesenden sachkundigen Bürgerinnen und Bürger gemäß § 67 Abs. 3 i.V.m. § 58 Abs. 2 GO NRW verpflichtet.

Im Rahmen von Tagesordnungspunkt 6.1 wurde die Verpflichtung des verspätet eingetroffenen sachkundigen Bürgers Schwenzer nachgeholt.

2 Bestellung einer Schriftführung und einer Stellvertretung für den Sozialausschuss Vorlage: FB22/0280/2025

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss beschließt, Herrn Jens Kox als neuen Schriftführer und Frau Alice Bolle als stellvertretende Schriftführung für den Sozialausschuss zu bestellen.

einstimmig beschlossen

3 Einwohnerfragestunde

Keine Fragen

4 Bestellung einer/s Behindertenbeauftragten und einer Stellvertretung Vorlage: FB22/0279/2025

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Meerbusch, Herrn Jürgen Simons zum ehrenamtlichen städtischen Behindertenbeauftragten und Herrn Rainer Hansmeyer als seine Stellvertretung zu bestellen.

einstimmig beschlossen

Herr Simons stellt sich dem Ausschuss kurz vor und berichtet, dass er in seiner bisherigen Tätigkeit als Ortsvorstand des VdK und ehrenamtlicher Behindertenbeauftragter der Stadt Meerbusch viel über die rechtlichen Hintergründe gelernt habe, die notwendig seien um Menschen mit Behinderung unterstützen zu können. Er beabsichtige, dieses Wissen zukünftig weiterhin zum Wohle der behinderten Menschen einzubringen.

5 **Aktueller Sachstand Zuwanderung** **Vorlage: FB22/0114/2025**

Dezernent Annacker führt zur Vorlage aus. Er erwähnt die im Jahr 2025 erfolgten rd. 200 Auszüge von Personen aus Unterkünften. Man könne jedoch hieraus keinesfalls auf den Leerzug von Unterkünften schließen, da stetig immer wieder Zuweisungen erfolgten. Zudem zögen immer weniger Personen mit Wohnsitzauflage aus, da aufgrund des bekannt angespannten Wohnungsmarktes in Meerbusch es sich grundsätzlich schwierig gestalte, diese in adäquaten Wohnraum zu vermitteln. Abschließend weist Dezernent Annacker darauf hin, dass durch die Falschberechnung der Zuweisungsquote für Niedersachsen eine verminderte Zuweisung in alle anderen Bundesländer im letzten Quartal 2025 erfolgte. Es sei davon auszugehen, dass ab jetzt wieder vermehrte Zuweisungen erfolgen werden, da Niedersachsen seine Quote ausgeglichen habe. Damit würden auch die Zahlen für Meerbusch wieder ansteigen.

Ratsherr Berthold weist darauf hin, dass es immer unterschiedliche Prognosen zur Entwicklung der Zuwanderung gäbe. Auch im Hinblick auf die folgenden Haushaltsberatungen erklärt er, dass es für die FDP das Ziel sei, bei den verfügbaren Unterbringungsplätzen durch ein weiteres Interim auf der sicheren Seite zu sein, um eine erneute Belegung von Turnhallen vermeiden zu können.

6 **Haushalt 2026**

6.1 **Anträge zum Haushalt 2026**

Beschluss:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Haupt-, Finanz- und Innovationsausschuss, den Entwurf des Haushalts 2026 für alle in seiner Zuständigkeit liegenden Produkte, einschließlich der dazu gefassten Beschlüsse und der Veränderungsvorschläge der Verwaltung, dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

		Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8	8		
Bündnis 90/Die Grünen	2	2		
SPD	2	2		
FDP	1	1		
AfD	1	1		
LiGaPa	1	1		
UWG/Freie Wähler	1			1
Gesamt:	16	15	0	1

Ausschussvorsitzender Focken führt aus, dass zunächst das Produkt 010.111.140 Technisches Gebäudemanagement beraten werde, sofern die Belange des Sozialausschusses betroffen seien. Im Anschluss würden die Produkte in der Zuständigkeit des Fachbereiches Soziale Hilfen beraten.

Ferner weisen Dezernent Annacker und Ausschussvorsitzender Focken darauf hin, dass für die Beratungen der Anträge zum Produkt 010.111.140 zwei Möglichkeiten bestünden, wie mit diesen umgegangen werden solle. Zum einen könnten die Anträge beraten und als Empfehlungsbeschluss an den AKUB gegeben werden, zum anderen könnten die Anträge ohne Beschlussfassung zur Sache an den AKUB direkt verwiesen werden.

Sodann ruft er die vorliegenden Änderungsanträge auf:

Produktbereich 010, Innere Verwaltung S.: 95

010 111 140 Technisches Gebäudemanagement, S. 183

Nr. 6.1-01 S. 186

Antrag LiGaPa

010.111.140 7.01012123 78510000 Planungskosten Sozialwohnungen, Ü-Heim

Der Antrag wurde nach kurzer Beratung durch den Sozialausschuss an den AKUB verwiesen.

Ratsfrau Savichev führt zum Antrag aus, das aus Sicht der Fraktion LiGaPa das Objekt Strümper Str. nicht dem heutigen Standard entspreche und aufgrund dessen Haushaltsmittel für den Neubau einer Unterkunft bereitgestellt werden sollten.

Dezernent Annacker erläutert den bisherigen zeitlichen Verlauf im Umgang mit dem Objekt Strümper Str. und erklärt, dass es aktuell das Ziel der Verwaltung sei, durch die Gründung einer Wohnungsbaugenossenschaft sozialen Wohnungsbau zu schaffen. Durch die Schaffung dieses Wohnraumes solle es in der Folge möglich werden, in den städtischen Unterkünften Freiräume zu schaffen, um das Objekt Strümper Str. leerzuziehen. Damit könne dann das Grundstück ebenfalls wieder für die Herstellung preisgünstigen Wohnraumes genutzt werden.

Auf Nachfrage aus dem Ausschuss erläutert Dezernent Annacker weiterhin, dass der Anteil von Menschen mit multiplen Vermittlungshemmnissen, welche heute im Objekt Strümper Str. untergebracht seien, dann zukünftig in anderen städtischen Unterkünften untergebracht werden sollten.

Ratsfrau Savichev erfragt in dem Zusammenhang, welche Gebühren für die Nutzung der Unterkunft Strümper Str. den einzelnen Bewohnern in Rechnung gestellt würden.

Anmerkung des Schriftführers: Gemäß § 4 der Satzung über die Unterhaltung und Nutzung der Obdachlosenunterkünfte der Stadt Meerbusch beträgt die monatliche Gebühr 330,- € pro Person exklusive der Stromkosten.

Ausschussvorsitzender Focken empfiehlt, die Hauptdiskussion im AKUB bzw. im HFI zu führen, da im Sozialausschuss Einigkeit bestehen würde, dass etwas geschehen solle, die Frage der konkreten Umsetzung liege jedoch bei diesen Fachausschüssen und abschließend beim Rat.

Nr. 6.1-02 S. 192

Antrag UWG ->

010.111.140 7.01012196 78510000 temporäre Asylunterkunft Kaufanlage

Der Antrag wurde durch den Sozialausschuss an den AKUB verwiesen.

Nr. 6.1-03 S. 192

Antrag SPD

010.111.140 7.01012196 78510000 temporäre Asylunterkunft Kaufanlage

Der Antrag wurde vor Sitzungsbeginn seitens der SPD zurückgezogen.

Produktbereich 050, Soziale Leistungen, S. 389

050 311 010 Soziale Hilfen, S. 393

Der Ausschuss beschließt das Produkt mehrheitlich ohne weitere Aussprache.

		Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8	8		
Bündnis 90/Die Grünen	2	2		
SPD	2	2		
FDP	1	1		
AfD	1	1		
LiGaPa	1	1		
UWG/Freie Wähler	1			1
Gesamt:	16	15	0	1

050 313 010 Soziale Hilfen für Asylbewerber, S. 400

Nr. 6.1-04 S. 401

Antrag AfD

050.313.010 Gesamte Kontengruppe 53

Reduzierung der Ansätze auf den Ansatz des Haushaltes 2025

Sachkundige Bürgerin Berlin führt zum Antrag aus, dass aus Sicht der AfD die Anpassung der Ansätze gegenüber den Haushaltsansätzen des Jahres 2025 aufgrund voraussichtlich sinkender Asylanträge auf Bundesebene und der Umsetzung der GEAS-Reform nicht erforderlich sei.

Ratsherr Kräling erklärt, dass er die geplanten Ansätze der Verwaltung auch als Sicherheit verstehe. Sollten tatsächlich weniger Leistungsberechtigte in Meerbusch leben, würden auch weniger Mittel aufgewendet.

Dezernent Annacker stellt klar, dass die Haushaltsansätze keinerlei Puffer oder ähnliches enthalten würden, was jedoch im Vergleich zum Vorjahr zusätzlich berücksichtigt werden müsse, sei der Rechtskreiswechsel für ukrainische Flüchtlinge vom SGB II in das AsylbLG. Bereichsleiterin Kümmel stellt hierzu ergänzend klar, dass Deutschland bisher keinen Antrag im Rahmen der GESA-Reform gestellt habe, welcher zu einer möglichen Aussetzung der Umverteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU nach Deutschland führen könne.

Sodann lässt Ausschussvorsitzender Focken über den Antrag abstimmen:

		Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		8	
Bündnis 90/Die Grünen	2		2	

SPD	2		2	
FDP	1		1	
AfD	1	1		
LiGaPa	1		1	
UWG/Freie Wähler	1			1
Gesamt:	16	1	14	1

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Im Anschluss wird über das gesamte Produkt 050.313.010 abgestimmt und mehrheitlich beschlossen.

		Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8	8		
Bündnis 90/Die Grünen	2	2		
SPD	2	2		
FDP	1	1		
AfD	1	1		
LiGaPa	1	1		
UWG/Freie Wähler	1		1	
Gesamt:	16	15	1	0

050 315 010 Ü-Heime für Aussiedler und Asylbewerber , S. 406

Der Ausschuss beschließt das Produkt mehrheitlich ohne weitere Aussprache.

		Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8	8		
Bündnis 90/Die Grünen	2	2		
SPD	2	2		
FDP	1	1		
AfD	1	1		
LiGaPa	1	1		
UWG/Freie Wähler	1		1	
Gesamt:	16	15	1	0

050 315 020 Einrichtungen für Wohnungslose, S. 411

Der Ausschuss beschließt das Produkt mehrheitlich ohne weitere Aussprache.

		Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8	8		
Bündnis 90/Die Grünen	2	2		
SPD	2	2		
FDP	1	1		
AfD	1	1		
LiGaPa	1	1		
UWG/Freie Wähler	1		1	
Gesamt:	16	15	1	0

050 316 010 Leist. f. Unterkunft u. Heizung n. SGBII, S. 417

Der Ausschuss beschließt das Produkt mehrheitlich ohne weitere Aussprache.

		Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8	8		
Bündnis 90/Die Grünen	2	2		
SPD	2	2		
FDP	1	1		
AfD	1	1		
LiGaPa	1	1		
UWG/Freie Wähler	1		1	
Gesamt:	16	15	1	0

050 317 010 Leist. f. Bildung u. Teilhabe n. SGB II, S. 420

Der Ausschuss beschließt das Produkt mehrheitlich ohne weitere Aussprache.

		Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8	8		
Bündnis 90/Die Grünen	2	2		
SPD	2	2		
FDP	1	1		
AfD	1	1		
LiGaPa	1	1		
UWG/Freie Wähler	1		1	
Gesamt:	16	15	1	0

050 319 010 Übrige Leistungen nach SGB II, S. 423

Der Ausschuss beschließt das Produkt mehrheitlich ohne weitere Aussprache.

		Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8	8		
Bündnis 90/Die Grünen	2	2		
SPD	2	2		
FDP	1	1		
AfD	1	1		
LiGaPa	1	1		
UWG/Freie Wähler	1		1	
Gesamt:	16	15	1	0

050 331 010 Förd.v.anderen Trägern d.Wohlfahrtspf., S. 426

Der Ausschuss beschließt das Produkt mehrheitlich ohne weitere Aussprache.

		Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8	8		
Bündnis 90/Die Grünen	2	2		
SPD	2	2		

FDP	1	1		
AfD	1	1		
LiGaPa	1	1		
UWG/Freie Wähler	1			1
Gesamt:	16	15	0	1

050 351 010 Sonstige soziale Leistungen, S. 436

Der Ausschuss beschließt das Produkt mehrheitlich ohne weitere Aussprache.

		Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8	8		
Bündnis 90/Die Grünen	2	2		
SPD	2	2		
FDP	1	1		
AfD	1	1		
LiGaPa	1	1		
UWG/Freie Wähler	1		1	
Gesamt:	16	15	1	0

Abschließend nimmt der Ausschuss den Sonderhaushalt als Anlage des Haushaltes 2026 zur Kenntnis.

7 Anträge

Keine Anträge

8 Anfragen

Keine Anfragen

9 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Bereichsleiterin Kümmel weist auf die erfolgte Änderung des LOI RheinEck durch den Stadtrat hin.

10 Termin der nächsten Sitzung: Mittwoch, der 06.05.2026

Ausschussvorsitzender Focken weist auf die nächste Sitzung am Mittwoch dem 06.05.2026 hin.

11 Verschiedenes

Ratsherr Berthold äußert, dass es erfreulich sei, dass die Haushaltsberatungen im Sozialausschuss sehr harmonisch verlaufen seien. Man könne daran erkennen, dass viele Themen durch den Ausschuss unterjährig angegangen würden und diese Themen entsprechend bereits in den Haushaltsentwurf einfließen würden.

Sachkundige Bürgerin Pabich fragt an, ob die Stadt Meerbusch darüber informiert sei, dass im Rahmen von Gebäudesanierungen „In der Loh“ Sanitärcontainer aufgestellt worden wären und es nun auch für ältere Personen und Personen mit körperlichen Einschränkungen nötig wäre, diese auch bei widrigen Witterungsbedingungen draußen aufzusuchen.

Dezernent Annacker erklärt, dass der Stadt Meerbusch derzeit keine Beschwerden hierzu vorliegen würden. Es sei aber auch grundsätzlich für die Stadt Meerbusch schwierig, auf Gebäudeeigentümer in solchen Fällen einzuwirken, da es sich im Konfliktfalle um eine privatrechtliche Angelegenheit zwischen Vermieter und Mieter handele.

Des Weiteren stellt sachkundige Bürgerin Pabich die Frage, wie in der Stadt Meerbusch die konkrete Umsetzung der Istanbul-Konvention gehandhabt würde.

Dezernent Annacker erklärt, dass die grundsätzliche Zuständigkeit zur Umsetzung der Istanbul-Konvention beim Land NRW liege. Der Rhein-Kreis Neuss sei als Träger der Sozialhilfe für die Bereitstellung von Plätzen in Schutzhäusern im Kreisgebiet zuständig. Sollten männliche Jugendliche über 14 Jahren (mit-)betroffen sein, so würden diese im Einzelfall durch das Jugendamt der Stadt Meerbusch entsprechend betreut.

Abschließend bietet Dezernent Annacker allen Ausschussmitgliedern an, sollte es Fragen oder Unklarheiten zum Verwaltungshandeln oder Verwaltungsvorlagen geben, so stehe er für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Meerbusch, den 2. Februar 2026

Hans Günter Focken
Ausschussvorsitzender

Jens Kox
Schriftführer/in